

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 8 · 30. Mai 2005 · www.cdu-csu-ep.de



OETTINGER IN BRÜSSEL:

„Wir sind und bleiben die Europapartei“

Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe im EP haben mit dem neugewählten Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Günther Oettinger, neben den Themen Erweiterung, Finanzielle Vorausschau und Forschungsförderung insbesondere auch die Auswirkungen der aktuellen politischen Entwicklung in Deutschland auf die Europapolitik erörtert.

Es bestand Einigkeit darüber, dass auch in Zukunft eine enge Abstimmung zwischen den Verantwortlichen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene erforderlich ist, um erfolgreiche Europapolitik zu gestalten. Oettinger bekannte sich klar zu einem proeuropäischen Kurs der CDU: „Wir sind und bleiben die Europapartei“, so Oettinger.

Inhalt

Joachim Wuermeling:
Anerkennung von
Berufsabschlüssen
Seite 2

Markus Pieper:
Keine Subventionen für
Unternehmensverlagerungen
Seite 4

Dieter-L. Koch:
Verkehrssicherheit
Seite 5

Aus der EVP-ED-Fraktion:
Kurz & bündig
Seite 7

JOACHIM WUERMELING:

Europaweite Anerkennung von Berufsabschlüssen

MEHR FLEXIBILITÄT FÜR DEN EUROPÄISCHEN ARBEITSMARKT

Berufsabschlüsse werden in Zukunft europaweit anerkannt. Das Europäische Parlament hat am 11. Mai 2005 in zweiter Lesung die Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen beschlossen. Der CSU-Europaabgeordnete und Binnenmarktexperte Joachim Wuermeling erwartet von der Richtlinie „starke Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Flexibilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt“. Die grenzüberschreitende Mobilität von Berufstätigen im EU-Binnenmarkt werde durch die Richtlinie erleichtert. Das schaffe einen durchlässigeren europäischen Arbeits- und Dienstleistungsmarkt und steigere damit die EU-Wettbewerbsfähigkeit.

Richtlinie steigert Wettbewerbsfähigkeit

Die Mitgliedstaaten müssen entsprechend dem Richtlinienentwurf die in anderen EU-Ländern erworbenen Berufsqualifikationen anerkennen, wenn



Joachim Wuermeling MdEP

diese heimischen Qualifikationen gleichwertig oder vergleichbar sind. In Deutschland sind davon etwa 150 Abschlüsse in verschiedenen Berufen vom Elektriker bis zum Tierarzt betroffen. Die nationalen Gesetze für diese reglementierten Berufe sehen bestimmte Qualifikationen für die Berufszulassung vor.

Ausweitung der Qualifikationsniveaus

Änderungen, die das Europäische Parlament vorgenommen hat, betreffen die Ausweitung der Qualifikationsniveaus von vier auf fünf Stufen, die Vorlage von Strafregisterauszügen bei der Zulassung und die Anerkennung von Besonderheiten der freien Berufe. Erreicht werden konnte auch, dass Notare nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen, da sie einheitlich tätig sind. Es ist davon auszugehen, dass der Rat die Änderungen des Europäischen Parlaments akzeptieren wird und das Gesetzgebungs-

verfahren damit nicht im Vermittlungsverfahren weitergeführt werden muss.

Der EU-Politiker Wuermeling tritt Befürchtungen entgegen, die Richtlinie erleichtere billigen Arbeitskräften den Zutritt in Deutschland. Der Niedriglohnssektor sei schließlich von der Richtlinie nicht betroffen, da in diesem Bereich keine staatlichen Qualifikationsanforderungen gestellt werden.

Die vom deutschen Handwerk geforderte Höherstufung von deutschen Meistern in den Qualifikationsstufen kann durch eine Änderung der Aus-

führungsbestimmungen erreicht werden. Darauf haben der Binnenmarkt-Kommissar Charlie McCreevy und der Berichterstatter Stefano Zappalà hingewiesen. In einer Stimmerkklärung forderte Joachim Wuermeling die Bundesregierung auf, eine dementsprechende Initiative zu ergreifen.

Dr. Joachim Wuermeling (CSU) ist stv. Koordinator der EVP-ED-Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments.

Daniel Caspary: Europa muss Produktpiraterie in China eindämmen

Die Kritik an Chinas Handelspraxis nimmt zu. Im Europäischen Parlament wurden erneut schwere Vorwürfe gegen die Regierung in Peking geäußert. Im Zentrum der Kritik steht die mangelnde Umsetzung der Bestimmungen der Welthandelsorganisation (WTO). „China kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach. Das schadet der europäischen und der deutschen Wirtschaft“, erklärte der CDU-Europaabgeordnete Daniel Caspary.

Besonders problematisch für die heimischen Unternehmen ist die zunehmende Produktpiraterie. 80 Prozent der in Europa beschlagnahmten Plagiate stammen aus China. „Es gibt de facto in China keinen Urheberrechtsschutz. Das ist ein fundamentaler Verstoß gegen die WTO-Bestimmungen. Die EU-Kommission muss endlich Druck machen, damit diese unlautere Praxis eingedämmt werden kann“, so Caspary.

Bisweilen sind die gefälschten Produkte aus China sogar lebensgefährlich. Der CDU-Europaabgeordnete verwies auf einen Fall in Griechenland. Dort starben kürzlich zwei Menschen wegen eines in China hergestellten Dampfbügeleisens. Das Gerät hatte ein CE-Kennzeichen, entsprach jedoch den Standards nicht. Caspary forderte die Kommission auf, auf eine „wirksame Marktkontrolle hinzuwirken, damit der Verkauf solcher Produkte verhindert wird. Nur so kann China zur Einhaltung der internationalen Standards gezwungen werden“.

Auf Initiative von Daniel Caspary prüft die Kommission nun die Möglichkeit, europäische Zollbeamte nach China zu entsenden. Diese sollen die chinesischen Behörden bei ihrer Arbeit unterstützen. „Wir müssen jede Möglichkeit nutzen, um die Umsetzung der WTO-Bestimmungen in China zu verbessern“. Der CDU-Europaabgeordnete lehnt eine baldige Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China strikt ab. „Abgesehen von der völlig inakzeptablen Menschenrechtssituation brauchen wir ein Druckmittel gegenüber Peking“, so Caspary.

MARKUS PIEPER:

Gegen eine EU-Subventionierung von Unternehmensverlagerungen

GIFT FÜR AKZEPTANZ DER EUROPÄISCHEN IDEE

Die Verlagerung von Unternehmensstandorten durch EU-Fördermittel gerät auch im Europäischen Parlament (EP) zunehmend in die Kritik. In der Plenardebatte zur Zukunft der Regionalförderung sprach ich mich deshalb für einen Stopp der Subventionierung von Unternehmensverlagerungen aus. Europa muss seine Förderprogramme auf wirklich neue Unternehmen und Arbeitsplätze konzentrieren!

Durch Verlagerungen von Unternehmen entstehen in Europa weder Wachstum noch zusätzliche Arbeitsplätze. Gerade deshalb dürfen Betriebsverlagerungen nicht mit Steuergeldern unterstützt werden. Die Motive für eine Standortverlagerung sind eher im jeweiligen Absatzmarkt, den Steuervorteilen und den Lohnkosten des Ziellandes begründet. Kein Unternehmer würde seine Standortentscheidung allein von einer einmaligen Subvention abhängig machen. Meine Kritik gilt der bisherigen Praxis der Verlagerungsförderung, die als „Mitnahmeeffekt“ bezeichnet werden kann.



Markus Pieper MdEP

Verlagerung von Unternehmen schafft kein Wachstum

In den von Abwanderung betroffenen Regionen herrscht zu Recht kein Verständnis dafür, „den Verlust der eigenen Arbeitsplätze auch noch mit eigenen Steuergeldern zu unterstützen.“ Ich warne vor dieser Entwicklung, die Gift für die Akzeptanz der europäischen Idee ist.

Für die CDU/CSU-Gruppe ist der bisherige Kommissionsvorschlag zur neuen Förderperiode 2007-2013, der eine „siebenjährige Beständigkeit einer geförderten Standortinvestition“ vorsieht, nicht ausreichend. So lassen sich zwar Mitnahmeeffekte einschränken, nicht aber die generelle Förderung von Betriebsverlagerungen. Gefordert werden muss deshalb eine Formulierung in der künftigen Verordnung, die EU-Gelder für Standortverlagerungen ausschließt!

Markus Pieper (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Mitglied im Ausschuss für Regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments.

DIETER-LEBRECHT KOCH:

Sicherheitsgurte für alle Fahrzeugkategorien

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET RICHTLINIEN

Ein großer Schritt auf dem Weg, die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen, Bürokratie abzubauen, Arbeitsplätze zu sichern und die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger in der EU zu erhöhen ist gelungen: Das Europäische Parlament hat in 2. Lesung drei Richtlinien zur Ausweitung der Ausstattung von Fahrzeugen mit Sicherheitsgurten verabschiedet. Damit wurde die Ausstattungspflicht, die bisher nur für Pkw galt, auch auf andere Fahrzeugkategorien, insbesondere auf Kleinbusse, bestimmte Omnibusse und leichte Lastkraftwagen ausgedehnt.



Dieter-L. Koch MdEP

diese Sitze mit entsprechenden Gurten ausgestattet sind.

„Schließlich geben die uns bekannten Unfallstatistiken keine Auskunft über ein erhöhtes Risiko für Fahrgäste auf zur Seite gerichteten Sitzen in großen Bussen“, argumentiert der Berichterstatter Dieter-L. Koch.

Während bei Pkw und Kleinbussen der Frontalaufprall mit hohen Vorwärtsbelastungen bei Insassen, Sitzen und Rückhaltesystemen dominiert, ist bei Unfällen mit großen Bussen das Umkippen typisch.

Aufgabe der Gurte ist in diesem Fall nicht die Absorption von Längskräften, sondern vorrangig das Halten der Fahrgäste in ihren Sitzen, um ein Herausschleudern aus dem Fahrzeug zu verhindern. Diese Anforderungen können von Gurten an zur Seite gerichteten Sitzen ebenso gut erfüllt werden, wie von Gurten an nach vorn oder nach hinten gerichteten Sitzen.

Das Votum, zu dem Kommission und Rat bereits Zustimmung signalisiert haben, wird die Existenz eines typischen europäischen Produktes im

Sicherheitsgurte auch in Omnibussen

Der Europaabgeordnete Dieter-L. Koch (CDU) konnte dabei erreichen, dass das ursprünglich von Kommission und Rat geplante Verbot der von zur Seite gerichteten Sitze in großen Konferenzbussen (Kategorie M3) verhindert wurde, unter der Bedingung, dass auch

Tourismussektor sichern, die VIP- oder Konferenz-Busse, bei denen im hinteren Fahrzeugbereich Sitze meist in U-Form um einen Tisch angeordnet sind. „Damit ist es uns gelungen, zahlreiche Arbeitsplätze bei Herstellern und Bus-

unternehmen zu sichern und ein qualitativ besonders hochwertiges Serviceangebot für Reisende zu erhalten“, freut sich Koch.

Die Richtlinie wird voraussichtlich noch in diesem Jahr in Kraft treten.

Werner Langen: Türkei-Verhandlungen ergebnisoffen gestalten

Die Verhandlungen mit der Türkei über ihre künftige europäische Perspektive müssen nach Überzeugung des CDU-Europaabgeordneten Dr. Werner Langen ergebnisoffen gestaltet werden. Die Union werde darauf drängen, dass die Alternative einer „Privilegierten Partnerschaft“ mitverhandelt würde. Langen hält es für unwahrscheinlich, dass der 3. Oktober 2005 als Beginn der Verhandlungen eingehalten werden kann, da erhebliche Zweifel bestünden, ob die Türkei die auf den letzten Gipfeln formulierten Bedingungen einhalten werde.

Es gehe auch in der Auseinandersetzung zur Bundestagswahl nicht darum, der Türkei „die Tür vor der Nase zuzuschlagen“, sondern ihr eine Alternative zur angestrebten Vollmitgliedschaft zu bieten. Die Europäische Union sei mit der letzten Erweiterung und der beabsichtigten Aufnahme von Rumänien und Bulgarien an ihre geographischen, finanziellen, politischen, wirtschaftlichen, strukturellen und kulturellen Grenzen gestoßen.

Langen wies die Äußerung von EU-Kommissar Olli Rehn zurück, wonach lediglich noch zwei Bedingungen von der Türkei erfüllt werden müssten: die Ausweitung des Abkommens zur Zollunion auf die neuen EU-Länder, vor allem auf Zypern, sowie die Verabschiedung des 6. Legislativpakets in der Türkei. Der CDU-Abgeordnete erinnerte daran, dass im Dezember 2002 in Kopenhagen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen vertagt und dort insbesondere von der türkischen Regierung gefordert wurde, vorher „alle in Bezug auf die politischen Kriterien noch bestehenden Mängel anzugehen und zwar nicht nur auf dem Gebiet der Gesetzgebung, sondern vor allem in Bezug auf die Umsetzung“.

Langen erklärte, dass im Erweiterungsprozess immer wieder das 4. Kopenhagener Kriterium unterschlagen werde, nämlich: „Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar“. Darauf habe die EU-Kommission zu achten, wenn sie sich auf Ratsbeschlüsse beziehe.



W. Langen MdEP

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ **Pöttering: Abstimmung im Bundestag über Verfassungsvertrag ist Signal für weiteren Ratifizierungsprozess**

Als klares und positives Signal für den weiteren Ratifizierungsprozess und insbesondere das Referendum in Frankreich am 29. Mai hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), das Abstimmungsergebnis im Deutschen Bundestag über die Ratifizierung der Europäischen Verfassung bezeichnet. Die Verfassung, so Pöttering, bringe die gemeinsamen Werte zum Ausdruck, auf denen die europäische Einigung aufbaue, sie enthalte eine klare Kompetenzordnung und stärke die Demokratie durch Ausweitung der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments und eine Stärkung der Rechte der nationalen Parlamente.

„Die Europäische Verfassung ist der Ausdruck der besonderen Identität der europäischen Bürgerinnen und Bürger, ihrer gemeinsamen Werte und ihrer Vielfalt. Die Verfassung stärkt die Rolle der Europäischen Union in der Welt. Der Deutsche Bundestag hat deswegen heute auch ein politisches Signal der Zuverlässigkeit an die europäischen Partner gegeben“, begrüßte Pöttering die Abstimmung. Pöttering betonte, dass die Verfassung nicht nur, wie in der Vergangenheit, durch die Regierungen der Mitgliedstaaten, sondern auch durch Abgeordnete aus nationalen Par-

lamenten und dem Europäischen Parlament im Rahmen des Konvents erarbeitet worden sei. Die Einsetzung des Verfassungskonvents sei ein wichtiges Anliegen der EVP gewesen, die sich bereits bei ihrem Kongress in Berlin im Januar 2001 hierfür nachdrücklich eingesetzt hatte. Insofern habe der Verfassungstext eine breite demokratische Grundlage und Legitimität.

■ **Gedenken an das Kriegsende in Europa**

Anlässlich des 60. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs hat das Europäische Parlament fraktionsübergreifend einen von der EVP-ED-Fraktion maßgeblich erarbeiteten Entschließungsantrag zum Gedenken an das Kriegsende verabschiedet. EVP-ED-Fraktionsvorsitzender **Hans-Gert Pöttering** sprach während der Debatte von der Notwendigkeit, das Werk der inneren Versöhnung Europas zu vollenden: „Der nun gemeinsame Weg des wiedervereinten Europa ist die Chance und Aufgabe aller Europäer. Jetzt bauen wir gemeinsam ein Europa, das seine Werte für alle seine Bürger verteidigt. Auf Krieg und Totalitarismus kann Europa nur eine Antwort geben: den Weg der gemeinsamen Europäischen Union der Völker und der Staaten beständig, aus innerer Überzeugung und in der Annahme der Vielfalt, die Europas Schönheit und Stärke ausmacht, weiterzugehen.“

■ Neue Richtlinie für Badegewässer

Als „Quantensprung für eine bessere Wasserqualität“ hat der zuständige Schattenberichterstatter der EVP-ED-Fraktion, **Richard Seeber** (Österreich), die neue Badegewässer-Richtlinie genannt, die im Mai vom Plenum angenommen wurde. Sie gilt für Badeseen und Küstengewässer. Die neue Regelung sei für alle Mitgliedstaaten einfacher und überschaubarer handhabbar, sagte Seeber. Nach Ansicht Seebers trage die Richtlinie zu einer besseren Information der Öffentlichkeit über die Wasserqualität bei. Das Europäische Parlament stimmte zudem für die Einrichtung von Notfallplänen, mit denen Überwachungsmechanismen zur Kontrolle der Wasserqualität eingerichtet werden sollen. Seeber: „Die EU-Mitgliedstaaten müssen selbstständig eigene Überwachungsmechanismen entwickeln und ein Warnsystem aufbauen. Dazu sollen den Staaten Leitfäden an die Hand gegeben werden, um in Krisensituationen schnell handlungsfähig zu sein. Das ist eine Frage von vorausschauendem Krisenmanagement und keine zusätzliche administrative Bürde“.

■ Zwei Mitgliedern der EVP-ED - Fraktion Einreise nach Kuba verweigert

Kuba hat zwei Mitgliedern der EVP-ED-Fraktion die Einreise verweigert.

Boguslaw Sonik und **Jacek Protasiewicz** wurden ohne Angabe von Gründen am Flughafen zurückgewiesen. Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering**, übte starke Kritik an den kubanischen Behörden. „Dieser Vorfall führt deutlich vor Augen, dass das Castro Regime in Kuba weit davon entfernt ist die Standards freier und demokratischer Länder anzuwenden. Die Europäische Union ist daher gut beraten das Castro Regime weiterhin international zu isolieren“, erklärte Pöttering zu diesem Vorfall. Die beiden Abgeordneten durften selbst nach Vorlage ihres Diplomatenpasses nicht kubanisches Zollgebiet betreten und mussten umgehend mit dem gleichen Flugzeug nach Europa zurückkehren. Die beiden Abgeordneten reisten als Touristen mit einer Gruppe von ca. 300 Personen und wollten an einem Treffen der Assembly of Civil Society, einem oppositionellen Treffen gegen das Castro Regime, teilnehmen. Die EVP-ED-Fraktion organisiert am Donnerstag, dem 2. Juni, zusammen mit dem International Committee for Democracy in Cuba ein Seminar über die Situation in dem Land, zu dem kubanische Menschenrechtsaktivisten eingeladen wurden.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 022 26-802-0. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.